

Gendergerechtigkeit - ein Kriterium für zukunftsfähiges Handeln

Im Rahmen meines Beitrags geht es darum, Denk- und Handlungsoptionen in Bezug auf Gendergerechtigkeit zur Diskussion zu stellen. Dafür will ich zunächst einige Überlegungen zum status quo der Geschlechterverhältnisse auf individueller und gesellschaftlicher Ebene anstellen. Daran anschließend werden einige Entwicklungen skizziert, die – den herrschenden Verhältnissen zum Trotz – Potenzial für zukunftsweisende Aktivitäten in Richtung Gendergerechtigkeit bergen.

Die herrschende Geschlechter(un)ordnung ...

Wir schreiben das Jahr 2006. Wie in neusten Studien, etwa dem „AK Frauenbericht 1995-2005“ (Angelo/Moritz et. al. 2006), dem „Grünen Frauenbericht 2005“ (Weinziger/Bernroither/Wagner 2005) oder dem „Gleichstellungsbericht 2006“ der Europäischen Kommission (Kommission der Europäischen Gemeinschaft 2006), nachzulesen ist, zeigen die in Daten und Fakten geronnenen gesellschaftlichen Verhältnisse für Österreich, aber auch in unterschiedlichen Abstufungen in den Staaten der EU, ein „vertrautes“ Bild: Strukturelle Benachteiligungen von Frauen – in der Erwerbsarbeitswelt, in Politik und Medien, in Wirtschaft, Kunst und Kultur – prägen in umfassender Weise die gesellschaftlichen Realitäten von Frauenleben, wiewohl gesetzlich eine Gleichstellung gegeben wäre. Diese frauendiskriminierenden Verhältnisse basieren grundlegend auf der Abwertung des Weiblichen und der Höherbewertung des Männlichen, dem sogenannten Geschlechterbonus von

Männern qua sozialem Geschlecht, auf männlich strukturierten Herrschaftsverhältnissen sowie auf männlicher Definitionsmacht und schreiben diese ungebrochen fort. Als weitere fundamentale Strukturkomponente ist die ebenfalls fortdauernde geschlechterdifferierende Arbeitsteilung zu sehen, durch welche die Verantwortlichkeit für die reproduktive Arbeit Frauen zugeschrieben und abgefordert wird. Dies wiederum hat nicht nur erhöhte Vereinbarkeitsbelastungen zur Folge, sondern auch, dass Frauen tendenziell der „sorgende“, „pflegende“ Bereich – also jener Bereich des Arbeitsmarktes, in dem keine hohen Einkommen zu erzielen sind – zugewiesen wird.

Fest- und fortgeschrieben wird damit gleichzeitig, dass Führungspositionen in diesen Bereichen wie auch Kapital und Eigentum fest in Männerhand sind. Verdeckte oder offene Ausschlussverfahren und Barrieren – die gläsernen oder betongefertigten Decken – machen es für Frauen in vielen Berufen schwer, Karriere zu machen. Die Ergebnisse der im Mai 2004 veröffentlichten Untersuchung „Frauen in Führungspositionen in Österreich“ des unabhängigen ManagerInnen-Netzwerkes EWMD Austria (European Women's Management Development Austria, www.ewmd.at) sprechen für sich: Spitzenmanagerinnen sind in der österreichischen Wirtschaft nur marginal vertreten. So sind nur sieben bis acht Prozent der Geschäftsführungs- und Vorstandsfunktionen von Frauen besetzt. Des Weiteren sind in vier von fünf Unternehmen ausschließlich Männer im Management und im Aufsichtsrat.

Autorin:

Birgit Buchinger, Drⁱⁿ phil, MSc,
Sozialwissenschaftlerin und Organisationsentwicklerin, geschäftsführende Gesellschafterin der Firma Solution, Sozialforschung & Entwicklung, buchinger@solution.co.at, www.solution.co.at.
Beraterin am Lehrgang „Soziale Verantwortung“

Literatur- und Quellenverweise - 1

Angelo, Silvia/Moritz, Ingrid/Sybille Pirklbauer/Christa Schlager/Iris Woltran/Sepp Zuckerstätter (2006), AK Frauenbericht 1995-2005, Arbeit-Chancen-Geld, hrsg. von der Kammer für Arbeiter und Angestellte, Wien

Buchinger, Birgit/Ulrike Gschwandtner (2006), Der Gender Markt, Eine qualitative Studie zu AnbieterInnen, Strukturen und Standards, hrsg. von der EQUAL Entwicklungspartnerschaft Qualitätsentwicklung Gender Mainstreaming, Schriftenreihe Band 1, Wien

Frey, Regina et al. (2006) Gender Manifest, Plädoyer für eine kritisch reflektierende Praxis in der genderorientierten Bildungsarbeit und Beratung, www.genderbuero.de

Gschwandtner, Ulrike/Birgit Buchinger (2006), Gendern heißt ändern! Standards und Qualitätskriterien für Gender Mainstreaming Prozesse, in: Gubitzer, Luise/Susanne Schunter-Kleemann (Hrsg.), Gender Mainstreaming – Durchbruch der Frauenpolitik oder deren Ende, Frankfurt/M., 235-250

Hagemann-White, Carol (2001), Von der Gleichstellung zur Geschlechtergerechtigkeit: das paradoxe Unterfangen, sozialen Wandel durch strategisches Handeln in der Verwaltung herbei zu führen, in: FORUM BzgA (Hg.), 4 (2001), o.O., 33 – 38

Hark, Sabine (2002), Für eine „anständige Gesellschaft“, Prinzipien einer Politik der Geschlechtergerechtigkeit, in: Stachlige Argumente, 3/2002, Nr. 135, Berlin (Quelle: <http://www.gruene-berlin.de>, Zugriff, 18.04.2006)

... gefestigt ...

Im Gefolge der Neuen Frauenbewegung und anderer sozialer Bewegungen hat es auch in Österreich in den 70er, 80er und 90er Jahren des letzten Jahrhunderts vielfältige Aufbruchsbewegungen und sichtbare Veränderungen in Zusammenhang mit der Position von Frauen in den verschiedenen Feldern der Gesellschaft sowie in Form selbstbestimmter alternativer Weiblichkeitsentwürfe gegeben. An den Strukturen – die durch Kapitalismus, Neoliberalismus und Phallozentrismus geprägt sind – konnten diese Veränderungen jedoch nur wenig beziehungsweise nur wenig Nachhaltiges ändern. Insofern ist von einer verfestigten Form der männlichen Vorherrschaft in der österreichischen Gesellschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts zu sprechen.

Die Männernetzwerke in der österreichischen Gesellschaft funktionieren einwandfrei, viele gesellschaftspolitisch wichtige Positionen wurden und werden seit der politischen Wende in Österreich im Jahr 2000, die einer konservativen ÖVP-FPÖ- und inzwischen ÖVP-BZÖ-Regierung zur Macht verhalf, mit Männern besetzt, die kein Hehl daraus machen, diversen Burschenschaften anzugehören und den Korpsgeist hochhalten. Seit der Wenderegierung werden – neben vielen anderen Umbauten der gesellschaftlichen Verhältnisse – vielfältige Strategien entworfen, um Frauen wieder dorthin zurückzubringen, wo sie nach Meinung der konservativen PolitikerInnen hingehören: an den Herd und in die Abhängigkeit. Eigenständige Existenzsicherung, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung von Frauen wurden zu Recht als Bedrohung der konservativen Werte und Weltvorstellung erkannt, die es mit allen Mitteln zu beseitigen gilt. Emanzipatorische Frauenpolitik steht

heutzutage in Österreich nicht mehr auf der gesellschaftspolitischen Tagesordnung der Regierung. Vielmehr wurden und werden vielfältige gesetzliche Maßnahmen ergriffen, die unter anderem Frauen massiv benachteiligen, was etwa im Bereich der Reform des Pensionssystems oder des Steuersystems (Angelo/Moritz et.al. 2006, 62f.) sehr deutlich zutage tritt.

... und folgenschwer

Das Online-Medium „dieStandard.at“ hat im Jänner 2004 die für Frauenangelegenheiten zuständige Ministerin wegen ihrer Nichtrepräsentanz und Untätigkeit in frauenpolitischen Agenden mit der „Zitrone“, einem journalistischen „Orden“ für bemerkenswerte „frauenspezifische“ Aktivitäten oder Haltungen, „ausgezeichnet“. Konkret wurde dies seitens der Redaktion folgendermaßen begründet: „Dabei brennt es schon an allen Ecken und Enden: Die Arbeitslosenzahlen gerade unter jungen Frauen steigen rapide an, für Wiedereinsteigerinnen fehlen die entsprechenden Maßnahmen, es herrscht ein eklatanter Mangel an Kinderbetreuungsstätten, die Steuerreform ignoriert insbesondere Alleinerziehende und Pensionistinnen, mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die Regierung keinen Schritt weiter gekommen, um nur einige Probleme der Frauenpolitik zu nennen, die sich beinahe täglich vermehren beziehungsweise verstärken.“ (dieStandard, 27.01.2004, <http://diestandard.at/>, Zugriff: 25. März 2004)

Eine gendergerechte Welt – eine Vision?

Wie würde eine gendergerechte Gesellschaft aussehen? Gendergerechtigkeit erfordert – und dies ist als ein visionäres Projekt zu verstehen –

einen umfassenden Umbau der gesellschaftlichen Verhältnisse, international wie national, auf gesamtgesellschaftlicher Ebene wie auch in den verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen. Dieser Umbau beginnt bei der Neudefinition dessen, was unter gesellschaftlich notwendiger Arbeit – inklusive der Reproduktionsarbeit – verstanden wird, wie diese auch sozial verträglich gestaltet (Kurz-Scherf 2004) und gerecht zwischen den Geschlechtern verteilt werden kann. Er reicht über die geschlechtergerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und die Umgestaltung der politischen Partizipationsmöglichkeiten in Macht- und Entscheidungspositionen jenseits geschlechterdifferierender Zugangsmöglichkeiten bis hin zur Möglichkeit für alle Individuen – dies unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, ethnischer oder geopolitischer Herkunft – Lebensentwürfe und Lebensweisen selbst wählen und gestalten zu können, ohne mit hierarchisierenden oder diskriminierenden Sanktionen rechnen zu müssen.

All das bedeutet, dass es eines neuen Geschlechtervertrags bedarf. Sabine Hark beschreibt ihn folgerichtig als neuen Gesellschaftsvertrag: „Denn die vollständige Aufhebung der sozial-strukturellen, kulturellen und personalen Herrschaftsverhältnisse zwischen den Geschlechtern, die immer mit anderen Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnissen verknüpft sind, beinhaltet eine radikale Umgestaltung der Gesellschaft: Geschlechterpolitik ist nicht Sparten-, sondern globale Politik! Sie lässt sich nicht auf Fragen der gesellschaftlichen, politischen, sozialen und ökonomischen Gleichstellung zwischen den Geschlechtern reduzieren, gleichwohl sie diese als Voraussetzung für eine gerechte, emanzipierte und demokratische Gesellschaft versteht. Geschlechterpolitik hat daher Konsequenzen für alle anderen Politikfelder.“ (Hark 2002) Alle Politikfelder, ob Wirtschafts- oder Steuerpolitik, Forschungs- oder Technologiepolitik sowie Gesundheits-, Friedens- oder Sozialpolitik, müssen auf den Prüfstand der Geschlechtergerechtigkeit.

Gender Mainstreaming – Ein Weg zur Utopie?

So dramatisch die realen gesellschaftlichen Verhältnisse in Bezug auf Gendergerechtigkeit sind, ist zu fragen, ob es gesellschaftliche Entwicklungen gibt, die – basierend auf einer Kritik der herrschenden Verhältnisse – auf veränderte gesellschaftliche Verhältnisse in Österreich unter der Zielperspektive von Gendergerechtigkeit abzielen. Im Folgenden soll hier eine zentrale Strategie – nämlich Gender Mainstreaming – exemplarisch vor dem Hintergrund dieser Fragestellung diskutiert werden.

Gender Mainstreaming als politische Strategie zur Herstellung von Gendergerechtigkeit ist insgesamt – bezogen auf die letzten Jahre – gerade in Österreich oder in Deutschland zu einem wesentlichen Medium geworden, die Geschlechterfrage voranzutreiben oder zumindest den Diskurs darüber am Köcheln zu halten. „Gender Mainstreaming hatte Schwung in die schwerfällige gleichstellungspolitische Debatte gebracht und das öffentliche Interesse an geschlechterpolitischen Fragestellungen verstärkt“, so etwa Barbara Nohr und Silke Veth. (Nohr/Veth 2002)

Die Nachfrage nach genderspezifischen Dienstleistungen – etwa nach Gender Trainings, nach Beratung und Begleitung von Gender Mainstreaming Prozessen in verschiedenen Organisationen oder nach Gender Analysen – ist in den letzten Jahren im deutschsprachigen Raum massiv gestiegen. (vgl. Buchinger/Gschwandtner 2006) Einflussreiche gesellschaftliche Institutionen wie Gewerkschaften, Kirchen, Landesregierungen oder Parteien sowie – in Einzelfällen – privatwirtschaftliche Unternehmen verpflichten sich dem Grundsatz des Gender Mainstreaming. Bundesländer – wie etwa in Österreich das



Literatur- und Quellenverweise - 2

Kommission der Europäischen Gemeinschaft (2006), Bericht der Kommission an den Rat, das europäische Parlament, den europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen zur Gleichstellung von Frauen und Männern – 2006, Brüssel

Kurz-Scherf, Ingrid (2004), „Hauptsache Arbeit“? – Blockierte Perspektiven im Wandel von Arbeit und Geschlecht, in: Baatz, Dagmar/Clarissa Rudolph/Ayla Satilmis (Hrsg.), Hauptsache Arbeit?, Feministische Perspektiven auf den Wandel von Arbeit, 24-46

Nohr, Barbara/Silke Veth (Hg.) (2002), Gender Mainstreaming. Kritische Reflexionen einer neuen Strategie, Berlin

Pühl, Katharina (2003), Geschlechterpolitik im Neoliberalismus, in: Widerspruch 44 (2003), Feminismus, Gender, Geschlecht, Zürich, 61 – 83

Schunter-Kleemann, Susanne (2003), Was ist neoliberal am Gender Mainstreaming?, in: Widerspruch, Beiträge zu sozialistischer Politik, Nr. 44, 1. Halbjahr 2003, 19-34

Stiegler, Barbara (2003), Gender Mainstreaming. Postmoderner Schmusekurs oder geschlechterpolitische Chance? Argumente zur Diskussion, Reihe: Expertisen zur Frauenforschung. Wirtschafts- und sozialpolitisches Forschungs- und Beratungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Arbeit und Sozialpolitik (Hg.), Bonn

Stiegler, Barbara (2006), Antidiskriminierung, Erschöpfung in der Geschlechterpolitik? Hrsg. vom Wirtschafts- und sozialpolitischen Forschungs- und Beratungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Arbeit und Sozialpolitik, Bonn

Weinziger, Brigid/Anita Bernroither/Sabine Wagner (2005), Grüner Frauenbericht, Wien

Bundesland Oberösterreich – starten Aktivitäten für Gender Budget-Analysen von Teilbereichen des Landesbudgets. ManagerInnen und UniversitätsprofessorInnen absolvieren Gender Trainings. Gender Mainstreaming habe – so Nohr und Veth zusammenfassend – eine gewisse „Macht des Faktischen“ erreicht.

Gleichzeitig mehren sich jedoch auch kritische Stimmen, insbesondere von feministischen Wissenschaftlerinnen. Die Kritik bezieht sich sowohl auf das Konzept von Gender Mainstreaming allgemein als auch auf die Umsetzung der Strategie Gender Mainstreaming.

- So wird etwa auf die Gefahr hingewiesen, dass Frauen im Gender Begriff unsichtbar gemacht würden. (Stiegler 2003, 12). Weiters sei, so die Kritik von Christine Thürmer-Rohr, zu hinterfragen, ob Frauen überhaupt in den Mainstream hinein wollten, da dieser Teil der Dominanzkultur sei und emanzipatorische Perspektiven ausblende. (zit. nach Stiegler 2003). Gender Mainstreaming wird auch als nur rhetorische Modernisierung dargestellt, es bleibe zu befürchten, dass in Organisationen von feministischen Forderungen nur so viel übrig bleibe, „wie in das Denken nach Effizienzkriterien passt und unter ökonomischen Gesichtspunkten machbar“ sei. (Pühl 2003, zit. nach Stiegler 2003)

- Ein weiterer Kritikpunkt fokussiert den Aspekt, dass Gender Mainstreaming in neoliberale Strategien optimal eingepasst werden kann. Susanne Schunter-Kleemann verweist in diesem Zusammenhang auf folgende Tendenzen: forciertes Rückzug des Staates (etwa bei wohlfahrtsstaatlichen Leistungen), Privatisierungen im Öffentlichen Dienst oder Flexibilisierung und

Deregulierung der Arbeitsverhältnisse. Diese gesamteuropäischen Strategien hätten negative Auswirkungen auf die Gleichstellung der Geschlechter und können durch „ein noch so gutes GM“ nicht ausgeglichen werden. (Schunter-Kleemann 2003, 26f)

- Von verschiedenen Seiten wird zudem befürchtet, dass Gender Mainstreaming Frauenpolitik ersetzen bzw. abschaffen würde, viele Akteurinnen seien nunmehr mit Gender Mainstreaming beschäftigt und könnten so keine aktive, eigenständige und emanzipatorische Frauenpolitik machen.

- Auch an der Umsetzung der Strategie Gender Mainstreaming wird Kritik geübt. Verschiedene Autorinnen bezweifeln grundsätzlich die Wirksamkeit von Gender Mainstreaming in Zeiten des „allgemeinen geschlechterspezifischen Roll-Back“ und befürchten, dass Fraueninteressen im Gender Mainstreaming Prozess untergehen, dies vor allem im Kontext geringer werdender Ressourcen. Gender Mainstreaming erweise sich oftmals als eine Alibiveranstaltung, marginale Projekte werden gefördert, während große politische Konzepte und Unternehmensstrategien davon unberührt bleiben, wie die Praxis zeigt.

Vor diesem Hintergrund ist zu fragen: Stellt Gender Mainstreaming eine probate Strategie dar, um dem Ziel der Geschlechtergerechtigkeit in bestimmten gesellschaftlichen Feldern ein Stück weit näher rücken zu können? Diese Frage ist ambivalent zu beantworten. Neben den zahlreichen kritischen Argumenten ist weiters festzuhalten, dass bislang vor allem nur in ausgewählten gesellschaftlichen Feldern, wie etwa im Bereich der öffentlichen Hand oder

im Bereich von Interessenvertretungen oder Vereinen – derartige Aktivitäten begonnen worden sind. Die Privatwirtschaft verhält sich bislang gegenüber der Frage der Gleichstellungsförderung zwischen den Geschlechtern – ob in Form institutionalisierter Frauenförderpolitik, ob über Gender Mainstreaming Prozesse – überwiegend abstinenter. Zugleich sind es jene Einrichtungen, die sich in den letzten Jahren selbst zu Gender Mainstreaming verpflichtet haben, gerade jene sehr traditionell, männlich strukturierten Institutionen – Ministerien, Gewerkschaften, Universitäten oder Kirchen –, in denen Frauen in deutlicher Weise nicht nur von horizontalen und vertikalen Segregationsprozessen betroffen waren und sind, sondern in denen auch sehr traditionelle Weiblichkeits- und Männlichkeitsbilder vorherrschen. Diesbezüglich merkt Weinbach an, dass es absurd sei, den „Patriarchen zum Akteur seiner eigenen Abschaffung“ zu machen. (Weinbach 2001, zit. nach Stiegler 2003, 14)

Gender Mainstreaming als emanzipatorische Strategie nutzen zu können, hängt zentral davon ab, welche konkreten Gleichstellungsziele damit umgesetzt werden sollen, wie dieser Umsetzungsprozess gestaltet ist und wie schließlich eine Überprüfung und Bewertung der Zielerreichung gestaltet ist. (Frey 2006)

Eine Frage der Kriterien

Im Folgenden werden Kriterien vor- und zur Diskussion gestellt, die dazu beitragen können, Gender Mainstreaming Prozesse in verschiedenen gesellschaftlichen Feldern so zu gestalten, dass sie der Förderung der Geschlechtergerechtigkeit dienen. (Die konkrete Ausführung dieser Kriterien findet sich in der Publikation von Gschwandtner/Buchinger 2006, 240-247)

- klares politisches Bekenntnis und Umsetzungsverantwortung Top Down
- Definition der Globalziele als erster Schritt
- Fortschreibende Genderanalysen
- Sensibilisierung, Beratung und Trainings müssen auf die frauen- und geschlechterpolitischen Zielsetzungen der Organisationen abgestimmt sein
- Demokratische Kontrolle der Zieldefinitionen und der Implementierung muss gewährleistet sein
- Parallelprozesse müssen Bottom Up laufen (Beteiligung von Frauen, Frauenförderung etc.)
- Zielvereinbarungen und Zielkontrolle müssen Teil des Prozesses sein
- Transparenz und kontinuierliche Informationspolitik als Herzstück
- Pilotprojekte ersetzen keinen Implementierungsprozess, sondern sind Teile desselben
- Gender Mainstreaming zielt auf Veränderung der horizontalen und vertikalen Segregation
- Gender Mainstreaming nur in Verbindung mit Frauenförderung und Gleichstellungspolitik
- Bereitschaft zu sozialem Lernen bei Frauen, Männern und Organisationen sind Voraussetzung für Veränderungen in den Geschlechterverhältnissen
- Gender Mainstreaming Prozesse brauchen Expertise

Die kontroverielle Auseinandersetzung rund um die Strategie Gender Mainstreaming ist als positiv für die Weiterentwicklung frauenspezifischer, feministischer und emanzipatorischer Anliegen und Politiken zu bewerten. Die Widersprüche sichtbar zu machen und sie produktiv zu nutzen ist hierbei wesentlich. Es erscheint angesichts der nach wie vor ungerechten Verteilung der Produktions- und Reproduktionsverhältnisse zwischen Frauen und Männern not-

wendig, alle Konzepte zu prüfen und sie auf ihre Stärken und Schwächen hin abzuklopfen. Gender Mainstreaming birgt eine Vielzahl von Gefahren, dies ist unumstritten. Gleichzeitig ist es jedoch auch nicht von der Hand zu weisen, dass die Strategie Gender Mainstreaming eine Vielzahl von neuen AkteurInnen (etwa geschlechtsrollenkritische Männer als Bündnispartner), von guten Modellen, konkreten Veränderungen und theoretischen Auseinandersetzungen (im positiven Sinne der Schärfung) hervorgebracht hat. Die entwickelten und beschriebenen Kriterien können einen Beitrag zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter leisten. „Gender Mainstreaming ist ein Werkzeug, der Bauplan ist je politisch zu bestimmen.“ (Hagemann-White, 2001)

Für die Zukunft wird entscheidend sein, dass sich Frauen – und auch Männer – vermehrt als politische Subjekte erkennen und sich dazu ermächtigen, die herrschenden (Geschlechter-)Verhältnisse ihrer ‚Normalität‘ zu entkleiden, sie zu hinterfragen und zu bekämpfen. „Gerade aktuell ist es eine große Herausforderung, den Diskurs um Fragen der gleichstellungspolitischen Ziele, der emanzipatorischen Herausforderungen wieder verstärkt mit in Gang zu bringen. Wir brauchen Klarheit, wohin die Reise gehen soll.“ (Klatzer 2005) Dabei kann Gender Mainstreaming an verschiedenen gesellschaftlichen Orten - unter den oben skizzierten Voraussetzungen - ein wichtiges Instrument sein, um Geschlechtergerechtigkeit herzustellen, wobei in diesen Prozessen wesentlich sein wird, Geschlechtergrenzen zu verflüssigen und die Strukturen zu verändern, die Geschlechterungleichheit erzeugen. (vgl. Stiegler 2006)